

**Bei ihrer Gründung 1980 beschlossen die Grünen eine Reihe von organisatorischen Strukturen und Prinzipien, um sicherzustellen, dass die Partei basisdemokratisch bleibt. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Grünen nicht so werden, wie sie es heute sind. ChatGPT fasst die guten Vorsätze der Grünen folgendermaßen zusammen:**

### **1. Rotation von Ämtern**

Die Grünen führten das Prinzip der Amtsrotation ein. Mandatsträger mussten ihr Amt nach einer festgelegten Zeit – in der Regel zwei Jahre – abgeben. Ziel war es, eine Verfestigung von Machtstrukturen zu verhindern und mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, politische Verantwortung zu übernehmen.

### **2. Trennung von Amt und Mandat**

Es wurde beschlossen, dass Parteifunktionen und parlamentarische Mandate nicht in einer Person vereint sein durften. Dies sollte sicherstellen, dass Parteimitglieder ohne Mandat ebenfalls Einfluss auf die Politik haben und die Fraktion nicht losgelöst von der Basis agiert.

### **3. Doppelspitze**

Bereits bei der Gründung wurde die **Doppelspitze** eingeführt: Wichtige Ämter – insbesondere die Parteivorsitzenden – wurden stets von zwei Personen besetzt, wobei mindestens eine Position von einer Frau eingenommen werden sollte. Dies förderte den gleichberechtigten Einfluss von Frauen und Männern und verhinderte eine Machtkonzentration in einer einzigen Person.

### **4. Frauenquote**

Um patriarchale Strukturen zu überwinden, beschlossen die Grünen eine Frauenquote: Mindestens 50 % der Plätze auf Wahllisten und in Parteigremien sollten mit Frauen besetzt sein. Dies machte die Grünen zur ersten Partei in Deutschland, die eine verbindliche Quote einführte.

### **5. Basisdemokratische Entscheidungsfindung**

Die Grünen wollten, dass alle Mitglieder an wichtigen Entscheidungen beteiligt werden können. Deshalb setzten sie auf **Mitgliederversammlungen**, auf denen Parteimitglieder über Programme und Strategien abstimmen konnten. Auch Delegierte sollten die Meinungen der Basis vertreten und waren an Weisungen gebunden.

### **6. Konsensprinzip**

In der frühen Phase der Grünen galt das Konsensprinzip als Ideal. Entscheidungen sollten möglichst einvernehmlich getroffen werden, um Mehrheitsentscheidungen zu vermeiden, die Minderheiten übergehen könnten.

### **7. Anti-Parteien-Partei**

Die Grünen definierten sich selbst als „**Anti-Parteien-Partei**“. Sie wollten bewusst keine klassischen Parteistrukturen entwickeln, die sie bei den etablierten Parteien kritisch sahen – wie beispielsweise Machtkämpfe, starke Fraktionsdisziplin oder das bloße Streben nach Regierungsbeteiligung.

### **8. Ablehnung von Berufs- und Karrierepolitikern**

Die Grünen wollten keine Partei werden, die von „Berufspolitikern“ dominiert wird. Stattdessen sollte politische Arbeit mit gesellschaftlichem Engagement verbunden sein. Dieses Prinzip wurde durch die Rotation und die Begrenzung von Mandatszeiten gestützt.

### **9. Transparenz und Offenheit**

Parteiarbeit sollte für Mitglieder und die Öffentlichkeit transparent sein. Interne Prozesse, Entscheidungsfindungen und Machtstrukturen sollten klar kommuniziert und zugänglich sein.

Die erzkonservativen Kölner Soziolog:innen Erwin K. und Ute Scheuch hatten Anfang der 1990er Jahre den Auftrag der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalens, eine Studie über den Zustand des westdeutschen Parteiensystems und die Qualität seiner Politiker zu verfassen. Das Ergebnis veranlasste die CDU-Vereinigung, die Verbreitung der Studie zu stoppen. Die Autor:innen haben ihre Ergebnisse daraufhin in einem Buch mit dem Titel „**Cliquen, Klüngel und Karrieren: Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie**“ vermarktet. ChatGPT fasst die Vorschläge der Autor:innen, wie Klüngel und Filz im politischen Bereich eingedämmt werden können, folgendermaßen zusammen:

- **Stärkung innerparteilicher Demokratie:**  
Die Autor:innen fordern, dass die Entscheidungsprozesse innerhalb der Parteien transparenter und demokratischer gestaltet werden. Mitgliederbasis und Delegierte sollten mehr Einfluss auf die Auswahl von Kandidaten und die Parteiprogramme haben, um die Macht kleiner Führungseliten zu begrenzen.
- **Begrenzung von Amtszeiten:**  
Um die Bildung von Machtkartellen zu verhindern, schlagen sie vor, Amtszeiten für führende politische Positionen zeitlich zu begrenzen. Dies würde verhindern, dass Einzelpersonen über lange Zeiträume Netzwerke aus Abhängigkeiten und Loyalitäten aufbauen können.
- **Transparenz bei Parteifinanz:**  
Ein zentraler Punkt ist die Offenlegung der Parteifinanz, um Korruption und Einflussnahme durch externe Geldgeber zu minimieren. Die Autor:innen betonen, dass eine strengere Kontrolle von Parteispenden und deren Offenlegung notwendig ist.
- **Trennung von Parteiämtern und öffentlichen Ämtern:**  
Sie schlagen vor, eine klare Trennung zwischen Partei- und Regierungsämtern zu schaffen, um Interessenkonflikte zu vermeiden und die Macht einzelner Akteure einzuschränken.
- **Förderung unabhängiger Kandidaturen:**  
Um die Abhängigkeit von Parteistrukturen zu verringern, regen sie an, unabhängigen Kandidaten größere Chancen im politischen Wettbewerb zu geben. Dies könnte beispielsweise durch Reformen im Wahlrecht geschehen.
- **Stärkung zivilgesellschaftlicher Kontrolle:**  
Sie plädieren für eine stärkere Rolle der Öffentlichkeit und der Medien bei der Überwachung des politischen Betriebs. Kritische Berichterstattung und Bürgerbewegungen könnten dazu beitragen, Missstände aufzudecken.
- **Ethik-Kodizes und Sanktionen:**  
Die Einführung verbindlicher Ethik-Kodizes für Politiker und Parteimitglieder könnte verhindern, dass persönliche Netzwerke und Vetternwirtschaft den politischen Betrieb dominieren. Verstöße gegen diese Regeln sollten klare Konsequenzen nach sich ziehen.
- **Förderung politischer Bildung:**  
Um die Sensibilität für die Problematik von Klüngel und Korruption zu erhöhen, schlagen sie vor, die politische Bildung zu stärken. Informierte Bürger können Druck auf Parteien ausüben und Missstände thematisieren.